

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise unterstützen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Entwicklungsländer sind in dramatischer Weise von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Der „Global Monitoring“-Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank geht von einem Rückgang des Wachstums in Entwicklungsländern von 8,1 Prozent (2006 bis 2007) auf 1,6 Prozent für 2009 aus. Nach Einschätzung der Weltbank treibt jedes Prozent weniger Wachstum weitere 20 Millionen Menschen in die Armut. Auch die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele wird erschwert. Bereits jetzt sind aufgrund der Krise 50 Millionen Menschen neu unter die Schwelle der absoluten Armut gefallen, bis zum Ende des Jahres könnte sich diese Zahl auf 100 Millionen Menschen steigern.

Soziale Sicherungsnetze werden in dieser Situation dringender denn je benötigt. Gerade diese Netze sind ohnehin oft ungenügend vorhanden und nun haben die Regierungen der Entwicklungsländer unter der Last der Krise noch weniger Spielraum, sie zu finanzieren. Meist können Entwicklungsländer nicht mit eigenen Mitteln gegensteuern oder eigene Konjunkturprogramme auflegen. Infrastrukturprojekte, deren Umsetzung wichtig für die Entwicklung ist, geraten unter Druck, werden verschoben oder aufgegeben. Um nicht noch mehr Menschen in die Armut abgleiten zu lassen, müssen die negativen Folgen der Krise für zahlreiche Entwicklungsländer durch internationale Gegenmaßnahmen abgeschwächt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sicherzustellen, dass die Konjunkturprogramme der Industrieländer keine negativen Auswirkungen auf Entwicklungsländer haben;
2. ihren bisherigen Beitrag zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise in Entwicklungsländern zu verstärken;
3. ihre im Rahmen der EU gemachte Zusage, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen, gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise einzuhalten;

4. sich dafür einzusetzen, dass Verfahren zur Umsetzung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit sowohl in der Weltbank, der Europäischen Union als auch in der bilateralen Zusammenarbeit schneller und einfacher werden;
5. Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung, vor allem in den Bereichen Energieversorgung, nachhaltige Landwirtschaft und beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme (Sozialtransfers) zu stärken;
6. bei der Umsetzung der bereitgestellten Mittel die Einhaltung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards einzufordern;
7. sicherzustellen, dass ein relevanter Teil der besseren finanziellen Ausstattung von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und regionalen Entwicklungsbanken für die ärmsten Entwicklungsländer bereitgestellt wird, um ihnen zu helfen, die Auswirkungen der Krise abzufedern;
8. Schuldenmoratorien und gegebenenfalls weitere Schuldenerlasse bei Entwicklungsländern in Erwägung zu ziehen, deren Schuldentragfähigkeit infolge der Finanzkrise nicht mehr gewährleistet ist;
9. sich für die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens für überschuldete Staaten einzusetzen;
10. sich für einen Abschluss der laufenden WTO-Welthandelsrunde (Entwicklungsrunde) einzusetzen, der in allen Bereichen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Entwicklungsländer entsprechend berücksichtigt und ausreichende Schutzmechanismen für Entwicklungsländer vorsieht;
11. sich im Dialog mit anderen Industrieländern dafür einzusetzen, dass auch vor Abschluss der laufenden WTO-Welthandelsrunde die bestehenden Handels- und Zollbeschränkungen für die ärmsten Entwicklungsländer (Least Developed Countries) aufgehoben werden, was in der EU mit geringen Ausnahmen bereits der Fall ist;
12. auf europäischer Ebene in den weiteren Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) die Flexibilität für Entwicklungsländer zu erhöhen;
13. sämtliche EU-Agrarexportsubventionen zu streichen;
14. Vorschläge zur Senkung der Kosten von Geldüberweisungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer zu erarbeiten und damit die Rückgänge der Überweisungen von Arbeitskräften abzumildern;
15. keiner Verschärfung der Migrationspolitik der Europäischen Union infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zuzustimmen.

Berlin, den 13. Mai 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat mittlerweile globale Ausmaße angenommen. Die Krisen treffen gerade die Ärmsten unvorbereitet und unverschuldet. Die Wirtschaft vieler Entwicklungsländer befindet sich im freien Fall. Die welt-

weite Rezession droht die unter großen Anstrengungen errungenen Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte bei der Armutsbekämpfung auf einen Schlag zu nichte zu machen. Ähnlich wie beim Klimawandel gilt auch bei der Wirtschafts- und Finanzkrise: Die Länder, die die geringste Schuld tragen, leiden am stärksten unter den Folgen. Während Expertinnen und Experten die westliche Welt schon ab 2010 auf dem Weg der Besserung sehen, könnte sich die Lage in den Entwicklungsländern erst mit einer großen Verzögerung entspannen.

In den Industrie- und Schwellenländern werden zur Stabilisierung des Finanzsystems und als Reaktion auf die Rezession milliardenschwere Konjunkturprogramme aufgelegt. Die bislang angekündigten Konjunkturpakete summieren sich bis Januar 2009 auf rund 1 650 Mrd. US-Dollar (ohne jegliche Finanzhilfen für Banken). Nach Einschätzung der Weltbank sind jedoch nur ein Viertel aller Entwicklungsländer in der Lage, aus eigenen Mitteln Konjunkturprogramme aufzulegen und soziale Sicherungsmaßnahmen für ihre Bevölkerung zu finanzieren. Denn anders als in den Industrieländern fehlen in den Entwicklungsländern häufig die Rücklagen bzw. die Kreditfähigkeit für Konjunkturprogramme. Mit der auf dem G20-Gipfel in London beschlossenen besseren finanziellen Ausstattung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank sind Ansätze zur Stabilisierung von Schwellen- und Entwicklungsländern bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten erfolgt. Doch damit wird die Lage nicht umfassend entschärft.

Der Präsident der Weltbank, Robert Zoellick, hatte sich daher dafür ausgesprochen, einen Anteil von 0,7 Prozent der Konjunkturprogramme der Industrieländer für die Bekämpfung der Auswirkungen der Krise in Entwicklungsländern zu verwenden. Wirtschaftsnobelpreisträger und Vorsitzender der UN-Expertenkommission zur Reform der Geld- und Finanzmärkte, Joseph Stiglitz, fordert kürzlich ein Prozent. Leider spielten diese Vorschläge jedoch weder auf dem G20-Gipfel in London noch auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank eine konkrete Rolle.

Laut einer Studie der Weltbank geht in 94 von 116 untersuchten Entwicklungsländern das Wirtschaftswachstum zurück – wobei die Bank davon ausgeht, dass bei steigender Bevölkerung Wachstum eine der Voraussetzungen für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ist. In vielen der ärmsten Entwicklungsländer reichen die Finanzmittel kaum noch aus, um den Staatsapparat zu finanzieren, geschweige denn, die Bevölkerung mit Zuschüssen – etwa für Nahrung – zu unterstützen.

Der Welthandel, zu dem die Entwicklungsländer rund ein Drittel beitragen, verzeichnet dramatische Einbrüche. Die Rohstoffpreise fallen, der Geldzufluss in arme Länder gerät ins Stocken, eine Kreditaufnahme ist für sie kaum noch möglich. Viele ausländische Firmen stoppen zudem ihre Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländer. Selbst China, das in den letzten Jahren als einer der größten Investoren in vielen afrikanischen Ländern auftrat, um Zugang zu Rohstoffen zu erhalten, ist derzeit zurückhaltend. So wurden z. B. in der Demokratischen Republik Kongo mehrere hundert von chinesischen Unternehmen betriebene Kupferminen in der rohstoffreichen Provinz Katanga, die bisher die Hälfte der Staatsdevisen erwirtschaftete, geschlossen.

Eine stetig steigende Zahl von Familien in Entwicklungsländern ist von Rücküberweisungen ihrer im Ausland arbeitenden Angehörigen abhängig. Nunmehr sind zum ersten Mal seit zehn Jahren die Zahlungen rückläufig. Migrantinnen und Migranten sind in wirtschaftlichen Krisenzeiten häufig die ersten, die auf der Straße stehen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank erwartet, dass rund zehn Prozent weniger Rücküberweisungen nach Lateinamerika fließen werden – also in die Region, die mit 69 Mrd. Dollar im Jahr 2008 weltweit die meisten Rücküberweisungen erhielt.

Eine ganze Reihe von Staaten – darunter auch einige, die in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielten – werden durch die aktuelle Krise in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um Jahre zurückgeworfen. Eine Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele rückt unter diesen Bedingungen in noch weitere Ferne.

Die Weltbank wird ihr Ausleihvolumen in diesem Jahr erhöhen, doch auch sie verfügt nicht über die Mittel, um im notwendigen Maße auf die Krise zu reagieren. Aktuell geht die Weltbank von einer Finanzierungslücke von zwischen 270 und 700 Mrd. US-Dollar aus – abhängig vom weiteren Verlauf der Krise und den möglichen politischen Reaktionen hierauf.

Sie schätzt, dass die Geber bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Erhöhung der Entwicklungsgelder aus dem Jahr 2005 (Gleneagles) bereits vor Beginn der Finanzkrise um 39 Mrd. US-Dollar hinterherhinkten. Auch die Bundesregierung lässt nicht erkennen, wie sie ihre Zusagen auch wirklich umsetzen wird. Es ist zu befürchten, dass diese Zusagen in Zeiten der Krise noch weniger eingehalten werden. So hat beispielsweise Italien bereits angekündigt, seine Entwicklungsgelder dieses Jahr um 55 Prozent zu kürzen.

Die zusätzlichen Mittel, die Entwicklungsländern als Reaktion auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise bereitgestellt werden, müssen der erwähnten Finanzierungslücke angemessen sein. Die Bundesregierung wird eine Infrastrukturkrisenfazilität der Weltbank aus ihrem zweiten Konjunkturpaket mit 100 Mio. Euro unterstützen. Durch Einbeziehung von Eigenmitteln und zinsvergünstigten Darlehen der KfW-Entwicklungsbank werden von deutscher Seite insgesamt 730 Mio. US-Dollar – umgerechnet 550 Mio. Euro – für Entwicklungsländer bereitgestellt. Doch angesichts seiner Wirtschaftskraft ist Deutschland in der Lage, einen höheren Beitrag aus Haushaltsmitteln bereitzustellen und sollte dies auch tun.

Überlässt die internationale Staatengemeinschaft die ärmsten Länder ihrem Schicksal werden Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Dem müssen wir entgegentreten.